

DIE SP SCHWEIZ KÄMPFT GEGEN ANTISEMITISMUS

Resolution der Geschäftsleitung der SP Schweiz, verabschiedet am 24.5.2019

Für die SP Schweiz ist der Kampf gegen jegliche Form von Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit ein Grundpfeiler unserer Partei.¹ Sie hat sich in der Vergangenheit bereits intensiv mit der Herausforderung der Islamfeindlichkeit auseinandergesetzt. An einer Tagung im Sommer 2018 zur Rolle des Islams in der Schweiz haben wir die islamophobe Angstkampagne der politischen Rechten verurteilt und die Wichtigkeit der Teilhabe muslimischen Mitbürger/innen an der schweizerischen Gesellschaft betont.²

Aktuell sind wir besorgt über die konstante Anzahl antisemitischer Vorfälle in der Schweiz. Uns beunruhigt auch, dass die Zunahme von Angriffen im Internet und auf Social Media stark zugenommen haben.³ Daten der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte zeigen, dass die Judenfeindschaft in Europa namentlich in Frankreich, Deutschland, Belgien und Polen stark ausgeprägt ist.⁴ Antisemitismus bedroht aber europaweit die Grundfesten unserer Gesellschaft und unserer Werte.⁵

Die SP Schweiz kämpft deshalb aktiv gegen Antisemitismus. Sie tut dies sowohl in der öffentlichen politischen Debatte wie auch auf parlamentarischen Weg. Dabei ist für uns die Definition der International Holocaust Remembrance Alliance massgebend, wonach Antisemitismus eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden ist, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.⁶

Was Kritik an Israel angeht, plädiert die SP Schweiz für mehr Trennschärfe. Kritik an der israelischen Regierung und ihrer Politik ist ebenso zulässig wie die Kritik an der Regierung und der Politik jedes anderen Landes. Das Existenzrecht Israels darf dabei nicht in Frage gestellt werden. Unzulässig sind auch Pauschalisierungen und doppelte Standards. Sachliche Kritik verlangt, dass konkrete politische Entscheidungen und Handlungen bezeichnet und als solche kritisiert werden.

¹ Vgl. Parteiprogramm der SP Schweiz, Für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie, Oktober 2010, S. 39; siehe auch Legislaturziele der SP-Fraktion 2019-2023, Gemeinsam gegen die Macht des Stärkeren, Februar 2019, S. 52.

² Siehe Thesen der SP Schweiz zur Rolle des Islams in der Schweiz, Juni 2018.

³ Vgl. Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus / Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund, Antisemitismusbericht für die Deutschschweiz 2018, S. 21, 22; siehe auch Herbert Winter, Schweizer Juden - Kleine Gemeinschaft mit grossen Herausforderungen, 2019, S. 25.

⁴ EU Agency for Fundamental Rights, Second survey on discrimination and hate crime against Jews in the EU, Dec. 2018: <https://fra.europa.eu/en/publication/2018/2nd-survey-discrimination-hate-crime-against-jews>.

⁵ EU Agency for Fundamental Rights, Antisemitism, Overview of data available in the European Union 2007-2017, Nov. 2018: <https://fra.europa.eu/en/publication/2018/antisemitism-overview-2007-2017>.

⁶ Beschluss des Plenums der International Holocaust Remembrance Alliance vom 26.5.2016: <https://www.holocaustremembrance.com/de/node/196>. Auf dieser Definition beruht auch der jährliche Antisemitismusbericht des SIG (siehe Fussnote 2), Kapitel 1.4.

Die Forderungen der SP Schweiz:

- Wir dulden sowohl innerhalb als auch ausserhalb der Partei keinen Antisemitismus und gehen entsprechend mit geeigneten Mitteln aktiv gegen Antisemitismus vor.
- Wir unterstützen die von Bund und Kantonen vorgesehene finanzielle Unterstützung von Sicherheitsmassnahmen für gefährdete Minderheiten.⁷ Diese gehen auf zwei Vorstösse der SP-Parlamentarier/innen Daniel Jositsch⁸ und Yvonne Feri⁹ zurück.
- Wir fordern die Strafbarkeit der öffentlichen Verwendung von extremistischen, gewaltverherrlichenden und rassistischen Symbolen (beispielsweise Hakenkreuze, Hitler-Gruss, Ku-Klux-Klan-Kutten).¹⁰
- Wir fordern den Aufbau eines systematischen und langfristigen Monitorings zu Rassismus, Antisemitismus, Antiislamismus und ähnlichen Phänomenen, die ganze gesellschaftliche Gruppen ausgrenzen.¹¹
- Wir fordern, dass die Strafverfolgung gegen Hasskriminalität und Sexismus im Internet erleichtert wird.¹² Mindestens müssen soziale Netzwerke in der Schweiz über ein Zustelldomizil verfügen.¹³ Zudem braucht es staatliche Unterstützung für Organisationen der Zivilgesellschaft, die den Opfern von antisemitischer Hetze, Drohung, Rassendiskriminierung und Sexismus beratend und juristisch beistehen.
- Wir fordern Bundesrat und Parlament dazu auf, sich Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance zu bekennen.

⁷ Bundesratsverordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen. Vorentwurf vom 30.01.2019.

⁸ Motion Daniel Jositsch 16.3945 Schutz religiöser Gemeinschaften vor terroristischer und extremistischer Gewalt.

⁹ Motion Yvonne Feri 16.4062 Schutz von Minderheiten vor terroristischer und extremistischer Gewalt.

¹⁰ Siehe Motion Angelo Barrile 19.3270 Motion Verbot der öffentlichen Verwendung von extremistischen, gewaltverherrlichenden und rassistischen Symbolen.

¹¹ Siehe Motion Nadine Masshardt 14.3968 Monitoring zu Rassismus, Antisemitismus und Antiislamismus.

¹² Motion Christian Levrat 16.4082 Den Strafverfolgungsbehörden den Zugang zu Daten von sozialen Netzwerken erleichtern.

¹³ Motion Rechtskommission Ständerat (Sprecher Christian Levrat) 18.3379, Zugriff der Strafverfolgungsbehörden auf Daten im Ausland.